



Pressemitteilung HateAid gGmbH

US State Department verhängt Einreisesperre gegen Geschäftsführerinnen von HateAid

Der US. Außenminister Marco Rubio informierte am 23.12.2025, dass u.a. gegen Josephine Ballon und Anna-Lena von Hodenberg und ihre Organisation HateAid Sanktionen verhängt worden seien. Beide hatten sich mit ihrer gemeinnützigen Organisation HateAid in der Vergangenheit für Nutzendenrechte und die Umsetzung von EU-Digitalgesetzen wie dem Digital Services Act eingesetzt. Letzterer verpflichtet Plattformen in Europa u.a. zur Entfernung von illegalen Inhalten. Die US. Administration spricht hingegen von Zensur.

Berlin, 24. Dezember 2025

Kurz vor Heiligabend hat das US State Department die Verhängung von Einreisesperren gegen fünf Personen verkündet. Neben den HateAid-Geschäftsführerinnen sind der ehemalige EU-Kommissar Thierry Breton, der CEO des CCDH Imram Ahmed und die CEO des Global Disinformation Index Clare Melford betroffen. Sie seien als "radikale Aktivisten" und "bewaffnete Organisationen" eingestuft worden. Eine Einreise in die USA sei ihnen und potentiell auch ihren Familienangehörigen daher nicht erlaubt. Ein gültiges ESTA-Visum von Josephine Ballon wurde kurz zuvor per E-Mail widerrufen.

Hierzu erklären Anna-Lena von Hodenberg und Josephine Ballon:

"Wir lassen uns von einer Regierung nicht einschüchtern, die Zensurvorwürfe instrumentalisiert, um diejenigen, die sich für Menschenrechte und Meinungsfreiheit einsetzen, mundtot zu machen. Trotz der enormen Belastungen und Einschränkungen, die die Maßnahmen der US-Regierung für uns und unsere Familien bedeuten, werden wir unsere Arbeit mit aller Kraft fortsetzen - jetzt mehr denn je."

HateAid bewertet diese Maßnahme als Akt der Repression einer Administration, die zunehmend Rechtsstaatlichkeit missachtet und versucht, ihre Kritiker mit aller Härte zum Schweigen zu bringen, so die beiden Geschäftsführerinnen. Es sei Teil einer Einschüchterungstaktik gegen Alle, die sich in Europa für die Umsetzung von geltenden Gesetzen auf sozialen Netzwerken einsetzen.

Dazu die HateAid Geschäftsführerinnen:

"Wir fordern von der Bundesregierung und der europäischen Kommission ein klares Signal, dass das nicht hinnehmbar ist. Ansonsten wird sich keine zivilgesellschaftliche Organisation, kein*e Politiker*in, keine Forschende und erst recht keine Einzelperson in der Zukunft trauen, Missstände bei US-Tech-Konzernen anzuprangern. Und europäische Gesetze sind dann nicht mehr das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden."

Die Sanktionen markierten in diesem Zusammenhang eine neue Eskalationsstufe, so die Co-CEOs. Die US-Regierung stelle damit die europäische Souveränität infrage. Denn sie versuche mit allen Mitteln zu verhindern, dass sich amerikanische Konzerne in Europa an geltendes Recht (Digital Services Act) halten müssen. Vertreter der Trump Administration versuchten bereits seit Monaten die Regulierung von US Tech Konzernen



durch den Digital Services Act und den Digital Markets Act in Europa zurückzudrängen. Dabei spielen auch der Einfluss der großen Tech-Konzerne wie Meta und X eine entscheidende Rolle.

Über HateAid gGmbH

Die gemeinnützige Organisation HateAid wurde 2018 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Berlin. Sie setzt sich für Menschenrechte im digitalen Raum ein und engagiert sich auf gesellschaftlicher wie politischer Ebene gegen digitale Gewalt und ihre Folgen. HateAid unterstützt Betroffene von digitaler Gewalt konkret durch Beratung und Prozesskostenfinanzierung. Geschäftsführerinnen sind Anna-Lena von Hodenberg und Josephine Ballon.

HateAid ist Trägerin der Theodor-Heuss-Medaille 2023, des Rothenburger Preises für Erinnerung und Zukunft, des Wertepreises für Demokratie der Werte-Stiftung und des For.Net Awards der Technischen Universität München. 2025 nahm Anna-Lena von Hodenberg stellvertretend für die NGO das Bundesverdienstkreuz entgegen.

Für weitere Informationen über HateAid gGmbH besuchen Sie unsere Website: <https://hateaid.org/>

Pressekontakt: presse@hateaid.org, Tel. 030 25208837